

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Kooperation zwischen BRANDSTUVE (Brandenburgische Studierendenvertretung) und GEW Studis Brandenburg  
Humboldttring 7  
14473 Potsdam

Potsdam, 07. September 2024

Freie Demokratische Partei  
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle  
Dortustraße 53  
14467 Potsdam

lvbrb@fdp.de  
0331 29 16 41

[www.fdp-brandenburg.de](http://www.fdp-brandenburg.de)

## Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Kooperation zwischen BRANDSTUVE und GEW Studis Brandenburg

### Frage 1

**Im TK-Gesundheitsreport 2023 gaben rund 70% der befragten Studis an, stressbedingt erschöpft zu sein. Prüfungsdruck (51%), Mehrfachbelastung durch Studium und Job (33%), Leistungsdruck (28%), umfangreicher Lernstoff (28 Prozent) sowie finanzielle Sorgen (23%) sind einige der Faktoren, die weitere gesundheitliche Probleme hervorrufen. Was möchte Ihre Partei dbzgl. hochschulpolitisch verbessern?**

### Antwort der FDP Brandenburg

Der Anteil an Studierenden mit psychischen Problemen steigt. Wir wollen die psychische Gesundheit junger Menschen in Ausbildung und Studium wissenschaftlich untersuchen lassen und basierend auf diesen Ergebnissen geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen.

Die psychische Gesundheit steht für uns gleichberechtigt neben der körperlichen Gesundheit. Die Versorgungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen entsprechend des Bedarfs ausgebaut und bei Bedarf erweitert werden.

### Frage 2

**Wie beabsichtigt Ihre Partei für Entstehung (Neubau) bezahlbaren Wohnraums bzw. Erhalt (Sanierung/ Aufstockung) zu sorgen? Wie steht Ihre Partei: (1) zur Einführung einer eigenen Förderrichtlinie zum stud. Wohnen, (2) der Vergesellschaftung von priv. Wohnheimen, (3) zur Fortführung bzw. Durchsetzung der im aktl. Koalitionsvertrag festgelegten Versorgungsquote von 20 % für alle Hochschulstandorte?**

### Antwort der FDP Brandenburg

Um den Wohnraummangel (auch im studentischen Bereich) zu bekämpfen, muss Bauen endlich schneller, günstiger und unbürokratischer ermöglicht werden. Gesetzliche Vorschriften, überbordende Regelwerke und ständig wachsende Baustandards schrauben die Baukosten unnötig in die Höhe. Die öffentliche Hand ist damit einer der größten Kostentreiber beim Bauen und Wohnen. Das werden wir ändern.

Der Einführung einer eigenen Förderrichtlinie zum studentischen Wohnen stehen wir offen gegenüber. Selbiges gilt für Auszubildende. Wir sprechen uns jedoch entschieden gegen die Vergesellschaftung von privatem Wohnraum aus. Es handelt sich dabei um eine Nebelkerze, die das Problem nicht löst.

Frage 3

**Im Zuge internationaler Konflikte und Kriege sowie einer veränderten sicherheitspolitischen Situation wird aktuell wieder über die Einführung bzw. Abschaffung der Zivilklausel (je nach Standort) diskutiert. Befürwortet Ihre Partei die landesweite Einführung einer Zivilklausel für die landeseigenen wissenschaftlichen Einrichtungen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Die Wissenschaftsfreiheit ist ein konstitutives Element unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Es ist widersprüchlich und unzeitgemäß, Forscherinnen und Forscher dazu zu verpflichten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, wenn nur wenige hundert Kilometer östlich Freiheit und Demokratie mit Waffengewalt verteidigt werden müssen. Pauschale Beschränkungen der zulässigen Forschungsvorhaben durch Zivilklauseln lehnen wir daher ab.

Frage 4

**Nach dem Ende der letzten Tarifrunde der Länder im Dezember 2023, die eine schuldrechtliche Vereinbarung für studentisch Beschäftigte zum Ergebnis hatte, steht bereits Ende 2025 die nächste Tarifrunde an. Wird sich ihre Partei – im Falle einer Regierungsbeteiligung – für eine Tarifierung der studentischen Beschäftigte in den Verhandlungen einsetzen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir würden uns im Falle einer ausgewogenen Gesamteinigung im öffentlichen Dienst der Länder einem Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte nicht verschließen.

Frage 5

**Laut Zahlen aus dem Februar 2023 besteht an den Brandenburgischen Hochschulen ein Sanierungsstau in Höhe von 460 Millionen Euro. Gleichzeitig haben die meisten Hochschulen einen Flächenbedarf, der deutlich über den Bestandsflächen der Einrichtungen liegt. Was möchte Ihre Partei dieser Entwicklung entgegensetzen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Der Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulen muss endlich höchste Priorität bei der Landesregierung haben. Es ist schlichtweg nicht hinzunehmen, dass in der baulichen Realität der Hochschulen mittlerweile Rummangel, Schließungen und Budgetengpässe (auch durch steigende Energiekosten) das Bild bestimmen. Wir werden daher ein „Sonderprogramm Bau“ für Forschungsgebäude in Brandenburg auf den Weg bringen. Um die schlausten Köpfe anzuziehen, brauchen wir auch Forschungsgebäude auf Spitzenniveau.

Frage 6

**Durch die hohe Inflation sowie der deutlichen Erhöhung der Studiwerks-Beiträge sind Studis weiterhin finanziell stark belastet. Neben bezahlbarem Wohnraum ist auch die leibliche Versorgung in den Mensen von hoher Bedeutung. Hier wurden die Essens-Preise zuletzt konstant und z.T. drastisch erhöht. Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass die Mensapreise in Brandenburg nicht weiter erhöht werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten unterstützen die Studentenwerke in dieser notwendigen Arbeit und sehen die Notwendigkeit, grundsätzlich die Finanzierung zu überprüfen und ggf. zu verändern, um sicherzustellen, dass auch zukünftig die Aufgaben auch in den betreffenden Bereichen erfüllt werden können.

Frage 7

**Gegen Machtmissbrauch und Diskriminierung**

**Plant Ihre Partei unabhängige Beschwerdestellen an allen staatlichen Hochschulen verbindlich einzuführen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Beschwerdestellen gemäß § 13 AGG geben Betroffenen an Hochschulen die Möglichkeit, gegen Diskriminierung vorzugehen und können daher ein wichtiges Instrument des Diskriminierungsschutzes sein. Sie können die individuelle Rechtsdurchsetzung erleichtern und erlauben es den Hochschulen, frühzeitig von diskriminierungsrelevanten Vorfällen und benachteiligenden Strukturen im Betrieb Kenntnis zu erlangen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wir unterstützen die Einführung an allen Hochschulen.

Frage 8

**Nachhaltigkeit**

**Auf welchem Wege und bis wann sollen die Brandenburgischen Hochschulen klimaneutral werden?**

Antwort der FDP Brandenburg

Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO<sub>2</sub>-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden. Sollte Klimaneutralität in der EU in dem Zuge bereits frühzeitiger angestrebt werden, kann der Emissionshandel die Zielerreichung durch Anpassung des Senkungspfads weiterhin garantieren. Damit bekennen wir uns auch zum 13. Ziel für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Den Weg dorthin überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, Technikerinnen und Technikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. So können wir Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreichen. Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO<sub>2</sub>-Preis haben.

Frage 9

**Für jeden Studi\* verhandeln die Studierendenschaften jedes Jahr mit dem VBB um ein Semesterticket im Solidarmodell. Das Deutschland-Semesterticket ist eine große Errungenschaft, die aufgrund unzureichender Finanzierungsmodelle allerdings immer wieder in Frage steht. Welche Verantwortung sieht Ihre Partei darin, sich auf Landesebene für den Erhalt sowie die Preisstabilität des Tickets einzusetzen?**

Antwort der FDP Brandenburg

Dank des FDP-Verkehrsministers Volker Wissing kommen Studentinnen und Studenten ab dem Sommersemester 2024 für nur 60 Prozent des Ausgabepreises des Deutschlandtickets in den Genuss ganz neuer Möglichkeiten der Mobilität. Für die für den ÖPNV zuständigen Bundesländer bedeutet dies sichere Einnahmen, die dazu beitragen werden, den Ticketpreis möglichst günstig zu halten. Eine weitere Vergünstigung des Deutschlandtickets lehnen wir ab. Das Land muss vielmehr seinen grundlegenden Verpflichtungen im Verkehrsbereich nachkommen und zusätzliche Investitionen in das Netz tätigen, statt das Ticket stärker zu subventionieren.

Frage 10

**Vision Hochschule 2029**

**Im Zuge der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurde über viele Themen kontrovers diskutiert, die bisher noch nicht umgesetzt wurden. Dies betrifft z.B. die Einführung von Department-Strukturen oder die Demokratisierung von Hochschulgremien (bspw. Mehrheitsverhältnisse). Wie wird Ihre Partei die Hochschule der Zukunft gestalten?**

Antwort der FDP Brandenburg

Brandenburg verfügt über eine breite, thematisch gut aufgestellte Hochschullandschaft, die es zu stärken und weiterzuentwickeln gilt.

- Hochschulen werden wir größtmögliche Autonomie in Selbstorganisation, Forschungsfokus, Personalauswahl und der Verwendung finanzieller Mittel gewähren. Das Land wird sich vorrangig auf die Rechtsaufsicht konzentrieren.
- Wir werden den Hochschulen ermöglichen, alte Strukturen aufzubrechen und neue Strukturen zu erproben (Departements- statt Institutsstruktur, Matrixstruktur für Großforschungsprojekte).
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Forschungskomponente als Teil der Grundfinanzierung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen stärker berücksichtigt wird.
- Wir werden eine Evaluation des Zeiteinsatzes für wissenschaftliche, akademische, nichtwissenschaftliche und Lehrtätigkeiten vornehmen, um Stellenbeschreibungen, Lehrdeputate und Stellenpläne anzupassen.
- Wir werden eine Reform des Landeshochschulrates auf den Weg bringen, um eine breitere und praxisnahe Besetzung durch Vertreter der Hochschulen, Studierendenschaft, Personalvertretungen, Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsverbänden und externen Wissenschaftlern zu gewährleisten.
- Zur Stärkung der Lehre werden wir es den Hochschulen ermöglichen, Senior-Professuren einzurichten.